

Manfred Erdenberger

Rede Ritter vom Hl. Grab

24. März 2010

(Es gilt das gesprochene Wort)

Kein Friede im Heiligen Land?

Vor-österliche Impressionen aus dem Nahen Osten

Shalom und Salam - ich grüße Sie alle!

Die Tatsache, dass ich hier auch als (ev.!) Ritter des (ökumenischen) Lazarus Ordens, ausgezeichnet mit dem päpstlichen Ehrenkreuz Jerusalem, sprechen darf, ist erstens der Beweis für die große Toleranz ihres Ordens. Und zweitens: für die Bereitschaft zur Auseinandersetzung neben den spirituellen Fragen mit der aktuellen politischen Lage und den daraus resultierenden Folgen für die Gesellschaft – insbesondere für die betroffenen Menschen in der Region.

Ich denke, das passt auch zum Jahresthema 2010 ihres Ordens aus Psalm 57:

„Mein Herz ist bereit, o Gott, mein Herz ist bereit“.

Wenn diese Bereitschaft doch auch in der politischen Praxis wenigstens ansatzweise gelten würde, wären wir schon einen gewaltigen Schritt weiter...

Aber weil das leider noch längst nicht selbstverständlich ist, werden wir gerade in der vor-österlichen Zeit an die lange Geschichte der Heiligen Stätten in und um Jerusalem erinnert, gerade im Umfeld des Osterfestes mit Kreuzigung und Auferstehung.

Z. B. an der **Via Dolorosa**, dem *Leidensweg*, mitten in Jerusalem. Sie führt durch die Altstadt vom Löwentor (oder Stephanstor) zur Grabeskirche, also an der überlieferten Stelle der Kreuzigung und des Grabes Jesu, eines der größten Heiligtümern des Christentums. Seit dem 19. Jahrhundert wird teilweise statt der Grabeskirche das Gartengrab als Ort des Grabes Jesu angesehen, zu besichtigen übrigens in einem großen Garten unmittelbar hinter dem Paulus-Haus des Vereins vom Heiligen Land, das wiederum genau gegenüber vom Damaskus-Tor liegt.

Mit Prozessionen, Gottesdienste, Messen wird jeweils zu Ostern an diesen Teil der Geschichte des Christentums erinnert – und wir werden uns schmerzlich bewusst, dass noch immer kein Friede eingezogen ist in das heilige (Unheilige!?) Land.

Ich habe einmal mehr ein eher vor-weihnachtliches Zitat zur zentralen Botschaft meines heutigen Referates gemacht – ein Zitat, das freilich immer die gleichen Fragen aufwirft:

„Und auf Erden ist Friede / bei den Menschen seiner Gnade“. Es passt in die Zeit, zur Stimmung und zur Region – wenn man sich jetzt einmal mehr an die Heiligen Stätten und deren Botschaft erinnert. Aber sie kommt aus einem un-friedlichen Land, und sie ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Dauer-Brenner in unserem Alltag.

Doch von der Bibel zunächst zurück zur Realität:

„Genug des Blutes und der Tränen! Genug!

Enough of Blood and Tears! Enough!“

Mit diesen emotionalen Worten hat der damalige israelische Ministerpräsident Itzak Rabin in der jordanischen Wüste den historischen Friedensschluss zwischen Israel und Jordanien begründet. Und daran erinnern wir uns heute aus doppeltem Grunde: noch immer bestimmen Blut und Tränen den Konflikt im Nahen Osten. Und Rabin, der den Weg des Friedens gehen wollte, bezahlte dafür mit seinem Leben –

vor 15 Jahren, erschossen von einem Israeli, nicht von einem Araber. Auch daran muss man immer wieder erinnern – auch mit Blick auf unsere Verantwortung als Deutsche, als Europäer, für einen gerechten Frieden im Heiligen Land.

Wir haben vielfachen Grund, uns zu erinnern: Der Beschluss der Vereinten Nationen, Palästina zwischen Juden und Arabern zu teilen und Jerusalem unter UNO-Verwaltung zu stellen, jährte sich Ende November zum 62. Male. Israel hatte im Mai 2008 den 60. Jahrestag seiner Staatsgründung gefeiert – ein Ereignis, das gerade auch in Deutschland wegen seiner Verbrechen an den Juden große Beachtung gefunden hat, nicht zuletzt durch die Rede der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der israelischen Knesseth.

Mit der Staatsgründung 1948 wurden aber eben auch Hunderttausende Palästinenser vertrieben, die bis heute unter schwierigen und oft menschenunwürdigen Bedingungen verstreut in Lagern im Nahen Osten leben. Dazu übrigens kein Wort in Merkels Rede.

Dazu kam dann der 42. Jahrestag der Besetzung und der anschließenden Annektierung des Ostteils Jerusalems. Alle Daten erinnern schmerzlich daran, dass seit mehr als sechs Jahrzehnten nach einem gerechten Ausgleich und damit nach einem dauerhaften Frieden gesucht wird.

Und das wir alle, jeder an seinem Platz, aufgerufen sind, daran mitzuarbeiten, so wie es DINO, die Deutsche Initiative für den Nahen Osten, unabhängig, neutral und interreligiös versucht, für die ich hier und heute auch als Gründer und Sprecher auftreten darf.

Und ich füge hinzu: **alle** Konflikte im Mittleren und Nahen Osten hängen heute davon ab, ob es gelingt, die zitierte dauerhafte und gerechte Friedenslösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt zu finden. Das gilt für

- mindestens sieben Konfliktkreise auf der Landkarte der Risiken: von der West-Sahara über den israelisch-palästinensischen Konflikt bis zur Kurden-Frage, den Irak, Iran, Afghanistan und Pakistan eingeschlossen.

Im Detail: Das gilt für

- die Stabilisierung des Libanon, der sich nach heftigen innenpolitischen, auch bürgerkriegsähnlichen, militärischen Kämpfen wieder auf festerem Boden befindet,
- die Beendigung des von den USA geführten Irak-Krieges durch einen eingeleiteten Truppenabzug und den gerade erfolgten Parlamentswahlen,
- für eine langfristige Beendigung der Konflikte in Afghanistan und Pakistan durch politische und wirtschaftliche Aufbauhilfen,
- und für ein politisch-verlässliches Ägypten, ebenso wie für ein offenes Jordanien, beides übrigens Länder, die mit Israel durch Friedensverträge ge- und verbunden sind.
- Und dann kommt es vor allem auf einen Dialog zwischen den verfeindeten palästinensischen Parteien Hamas und Fatah an. Es gibt inzwischen längst ein Dokument der Aus- und Versöhnung, das zwar von Arabischer Liga, Ägypten und Jordanien unterstützt und in Mekka und Kairo ausgehandelt wurde, aber bis heute noch nicht von der Hamas – wohl von der Fatah - unterschrieben ist.

Die Schwierigkeit: Die Hamas hat die militärische Option gewählt, unterstützt von jungen Führern, die aus den radikalen Milizen kommen und den Alltag bestimmen. Ein Wendepunkt sollte der 24. Januar 2010 werden – aber die Wahlen wurden einmal mehr verschoben, werden ohnehin weiterhin von der Hamas boykottiert.

Präsident Abbas resigniert, verzichtet auf eine Wiederwahl an die Spitze der Autonomiebehörde und warnt „die Welt“ einmal mehr, wie schon beim Gespräch, das DINO mit ihm in Ramallah geführt hat, in einem aktuellen Spiegel-Interview: „Treibt uns Palästinenser nicht an den Punkt der totalen Hoffnungslosigkeit!“

Weiter: die notwendige politische Öffnung Syriens, das sich von der Hisbollah im Nachbarland, von der Unterstützung der Exil-Hamas in Damaskus und damit von der Nähe zum Iran distanzieren und mit Israel in Friedensverhandlungen eintreten muss. Wobei hinzuzufügen ist, dass der Anfang mit den Gesprächen unter Vermittlung der Türkei schon gemacht war. Inzwischen sind die Kontakte, vor allem die militärischen, zu Israel reduziert, die zu Syrien aber ge- und verstärkt worden.

Im letzten Jahr wurde ein „Hochrangiger Strategischer Kooperationsrat Türkei-Syrien“ gegründet, der eine enge Zusammenarbeit auf allen Feldern der Politik sichern soll. Beide Seiten sprachen von einem Wendepunkt in der Geschichte beider Länder – als Beispiel und als Botschaft für den Frieden in der Region. Eine Auffassung, die die Türkei gerade noch einmal mit einem Appell an die internationale Gemeinschaft nachdrücklich unterstrichen hat.

DINO steht in engem Kontakt zu syrischen Vertretern auf verschiedenen Ebenen, hat im März 2009 in Münster ein eigenes Symposium abgehalten und wird in diesem Herbst eine Informationsreise nach Damaskus und in den Libanon durchführen. Und ich habe bei all den Kontakten stets den Eindruck gewonnen: Syrien will einen Kurswechsel – aber nicht um jeden Preis, vor allem nicht zu den Vor-Bedingungen der USA und der Israelis.

Aber alle Beteiligten müssen wissen, dass eine „große Lösung“ steht oder fällt mit der aktiven Unterstützung des zitierten Friedensprozesses durch das Nahost-Quartett mit den USA an der Spitze. Beratungen waren für den 19. März in Moskau angesetzt – Ergebnis??? Binnen zweier Jahre soll eine Lösung gefunden sein....

Hier besteht für den amerikanischen Präsidenten Barak Obama eine weitere Herkules-Aufgabe, die eigentlich mit dem Friedensnobelpreis einen neuen Schub erhalten sollte. Viele fragen sich, ob Obama seinen Satz, „...ein palästinensischer Staat stelle ein vitales amerikanisches Interesse dar“, wohl wieder vergessen hat?

Thomas Friedmann kommentierte treffend in der New York Times: „Obama hat drei direkte Prioritäten: Banks, Banks, Banks – und keine davon ist die West-Bank“.

Nun versuchten sich US-Vizepräsident Joe Biden und der Obama-Vermittler George Mitchell erneut als Moderatoren für wenigstens indirekte Friedensgespräche – und werden gnadenlos durch die parallel veröffentlichten Siedlungspläne der Israelis in Ost-Jerusalem und in der Westbank ausgebremst.

Das gilt auch für die Besuche der Hohen Beauftragten der EU, Lady Ashton, in Gaza und Israel sowie für das ernüchterte Nahost-Quartett, das gerade in Moskau getagt, aber nichts erreicht hat es sei denn, man traut den Beteiligten zu, ihr Ziel – wie bekräftigt – zu erreichen, dass die Zwei-Staaten-Lösung binnen zweier Jahre erneut festschreibt.

Mit jedem neuen Haus, sagen Insider, wird eine neue Hürde im Friedensprozess und gegen eine Zwei-Staaten-Lösung gebaut. Es sind Pläne, die inzwischen nicht nur vom sogenannten „Nahost-Quartett“, sondern auch von UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon klar und scharf verurteilt werden, der Anfang der Woche in den Gaza-Streifen und nach Israel gereist war. Seine Kritik an der Abriegelung des Elendsstreifens und der Siedlungspolitik blieb einmal mehr bisher ohne Wirkung auf die israelischen Regierung.

Leider sind bislang auch die Europäer (zusammen mit den Deutschen!) in den verschiedenen Gremien mehr durch Worte denn durch Taten aufgefallen. Eine Ausnahme ist der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn, mit dem ich gerade in der letzten Woche intensive und konstruktive Gespräche geführt habe. Er wird auch DINO künftig nach Kräften unterstützen.

Asselborn sagte schon Anfang März: „Man (Israel) muss aufhören mit solchen unproduktiven Initiativen, die nur dazu beitragen, zu destabilisieren.“ Gemeint war vor allem der unvermindert anhaltende israelische Siedlungsbau, den inzwischen auch andere (Israel durchaus freundlich gesinnte) Länder kritisieren.

Ex-Außenminister Frank Walter Steinmeier hatte schon im Januar 2010 bei der Sicherheitskonferenz in Herzliya festgestellt: „Entscheidend aber ist, dass Zusagen eingehalten werden und es eine Garantie gibt, dass keine weiteren

Fakten geschaffen werden, die das Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung untergraben. Das Angebot eines Einfrierens des Siedlungsbaues muss glaubwürdig sein und bleiben. Der Verhandlungsprozess wird unglaubwürdig, wenn während seines Verlaufs Fakten geschaffen werden, die den lebensfähigen palästinensischen Staat in weitere Ferne rücken.“

Und er fügte mit Blick auf den gesamten Friedensprozess hinzu: „Nach meiner Überzeugung muss am Anfang aller Friedensbemühungen die Einsicht stehen, dass niemand ein Interesse an Stillstand haben kann. Weder die Palästinenser, noch Israel. Der Status quo darf nicht das Ziel von Politik sein. Status Quo ist Scheinsicherheit, unter der wir neuer Unfriedlichkeit entgegentreiben.“

Selbst der israelische Schriftsteller Uri Avnery sagte in diesen Tagen: „Ganz einfach - jeder, der in Ost-Jerusalem und in der Westbank baut, verkündet im voraus, dass es keine Chance für ein Abkommen gibt.“

Kein vernünftiger Israeli würde Milliarden in ein Gebiet investieren, das er bald dem palästinensischen Staat überlassen muss.“

Und wie sieht die Situation aktuell aus: die vorsichtige Annäherung über bereits vereinbarte indirekte Gespräche hielt keine 48 Stunden – inzwischen gab es bereits wieder Raketenangriffe der Hamas, Vergeltungsschläge der israelischen Luftwaffe und Ankündigungen palästinensischer Hardliner einer 3. Intifada.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat Ende Februar eine aktuelle Umfrage bei Israelis und Palästinensern veröffentlicht: die meisten Palästinenser glauben dass ein Siedlungsstopp Bedingung für ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen beider Parteien ist. 60 % befürworten den Plan Saudi-Arabiens und der Arabischen Liga, wonach sich Israel zugunsten eines palästinensischen Staates aus allen 1967 besetzten Gebieten zurückziehen soll.

Dafür werden von allen arabischen Ländern normale diplomatische Beziehungen garantiert, so, wie sie schon mit Ägypten und Jordanien bestehen.

Große Teile der Palästinenser befürchten nach dieser Umfrage aber auch, dass Israel in Wirklichkeit langfristig auch die Westbank annektieren und seine Staatsgrenzen auf das gesamte Land zwischen Jordan und Mittelmeer ausweiten wolle. Übrigens befürworten 80 % der Israelis und 94 % der Palästinenser die m.E. unabdingbare Zwei-Staaten-Lösung.

Der Blick auf die zahlenmäßigen Realitäten, sprich: Voraussetzungen, sind aus Sicht der Palästinenser, deprimierend: Ende 2008 lebten 2860.000 Siedler in der Westbank und 194.000 im israelisch annektierten Ost-Jerusalem.

Seit Anfang der 90er Jahre, also dem vielzitierten Oslo-Friedensprozess, hat sich die Zahl der Siedler in der Westbank verdreifacht. Israel kontrolliert mit seinem gesetzlichen und bürokratischen Geflecht sowie über 600 Checkpoints mehr als 50 Prozent dieses Gebietes.

In Ost-Jerusalem, der geplanten Hauptstadt des Palästinenser-Staates wurde immer mehr Palästinensern das Wohnrecht entzogen. Ihre Häuser werden zerstört, und nur 13 % der Fläche wurden als palästinensisches Bauland ausgewiesen. Und über allem steht Israels stets wiederholtes Dogma: "Jerusalem ist und bleibt Israels unteilbare und ewige Hauptstadt".

Vor diesem Hintergrund stellt sich doch zu Recht die Frage, ob denn Hunderttausende Tote und Verletzte, ja Verkrüppelte, noch immer nicht reichen, um den verfeindeten Nachbarn in Nahost (durchaus auch ausgedehnt auf den Libanon, den Irak und Pakistan bzw. Afghanistan), also, um den verfeindeten Nachbarn unmissverständlich klar zu machen, dass es bei andauernder Gewalt auf allen Seiten weiterhin nur Verlierer geben wird?

Wie soll denn auf den zerstörten Lebensgrundlagen der Palästinenser oder der Libanesen, auf den Trümmern ihrer Häuser und den Resten der Landwirtschaft ein Neuanfang auf- und der beiderseitige Hass abgebaut werden?

Eine vage Hoffnung ist: die Zahl derer, die des Terrors müde sind, wächst. Und auch die Zahl derer, die im eigenen Land die eigene Regierung für deren Fehler oder mindestens Versäumnisse in den gegenwärtigen Krisen verantwortlich machen, nimmt zu.

Dennoch: die Friedens- Defizite bedeuten, dass wir nach wie vor, Tag für Tag, noch immer so dicht an einem Abgrund aus Hass und Gewalt stehen. Und das ist mehr als bedrückend.

Aber noch immer gilt – und muss für alle Menschen gelten: die Hoffnung stirbt zuletzt! Und, wie es in einer alten arabischen Weisheit heißt: "Eine Unze Hoffnung wiegt mehr als eine Tonne Sieg!"

Aber um die Hoffnung zu behalten und die Dinge zu verstehen, möchte ich mich in meiner heutigen Rede vor allem den Menschen widmen.

Lassen Sie mich dazu zeitgerecht mit einem zentralen biblischen Wort beginnen: **„Und auf Erden ist Friede / bei den Menschen seiner Gnade“**.

Was ist daraus geworden?

„Friede“ - Friede? Das ist heute für viele Menschen ein Fremdwort!

Auf Erden...? Wo denn? Wohin wir schauen: im Irak, in Afghanistan und in Afrika, im Nahen Osten und im fernen Tschetschenien - **Konflikte**.

Statt Frieden - Kriege, kriegerische Auseinandersetzungen, Bürgerkriege, Grenzkriege, Kriege um Wasser und Öl, dazu Terror und Unterdrückung in vielfältiger Form.

Bei den Menschen seiner Gnade? Für die meisten bleibt der Frieden ein Wunschtraum – egal, welcher Hautfarbe und Religion sie sind, egal ob Männer, Frauen oder Kinder.

Wenn ich aus dem Nahen Osten berichtet habe oder wenn ich hierzulande darüber spreche, dann ist es stets der Versuch, zu erklären, warum es bis heute ausgerechnet im Heiligen Land so schwer ist, den sehnlichst gewünschten und für die Menschen überlebensnotwendigen Frieden auf Erden zu schaffen.

Und ich versuche bei diesen und anderen Gelegenheiten stets zu erklären, warum ausgerechnet hier in bedrückender Weise deutlich wird, dass im Jordantal, an der Geburtsstätte dreier Weltreligionen – Christentum, Judentum und Islam - noch immer kein Frieden eingezogen ist.

Es ist das Land und es geht um die Menschen in Israel und in Palästina, dort zwischen Gaza und der Westbank, zwischen Jerusalem und Jericho, Hebron und Haifa, Rishon Le Zion und Ramallah, zwischen Bersheba und Bethlehem.

Hier, auf engstem Raum mit Entfernungen von oft nur wenigen Kilometern, liegen die biblischen Stätten. Es ist aber heute eher ein un-heiliges als ein Heiliges Land.

Nehmen wir Bethlehem - den Ort, der wie kein anderer einen solchen Widerspruch zwischen Friedenshoffnung und bitterer Realität verkörpert.

Dabei erinnert uns die Friedensaktivistin Faten Mukarker aus Beit Jala, einem Vorort der christlichen Geburtsstadt:

**„Erinnert Euch an das kleine Licht,
das von Bethlehem ausging und die Welt erhellte.“**

Aber wer nimmt denn – außerhalb der Weihnachtszeit - diese kleine Stadt mit der großen biblischen Vergangenheit heute noch als den Geburtsort Jesu wahr? Die Nachrichten sprechen im Zusammenhang mit der Stadt am Rande von Jerusalem nur von Mauern, Besatzung und Besetzern.

Hier leben diese Menschen auf engstem Raum, in einem Alltag, der geprägt ist von Misstrauen bis Hass, verbunden durch eine teuflische Spirale von Gewalt und Gegengewalt – angeheizt durch fast all-nächtliche Razzien israelischer Militärs.

Zwar gibt es wieder eine höhere Zahl von Pilgern und Touristen – ausgelastete Hotels und Zuwächse im Ganz-Jahres-Geschäft mit Krippenfiguren aus Olivenholz, aber für den größten Teil der Bevölkerung wird die Armut von Monat zu Monat spürbarer und existenzbedrohender.

Die Arbeitslosigkeit liegt noch immer bei 50 % und bei geringen Löhnen haben sich die Preise teilweise verdoppelt. Gerade bei Familien mit Kindern kommen noch Schulgeld und Krankenkosten obendrauf.

Noch einmal biblische Geschichte und Realität der Gegenwart mit einem Beispiel aus Bethlehem: Unten rechts, früher noch im Stadtgebiet, aber nun im Schatten der drohend-schwarzen Mauer, liegt das Grab Rachels, das ist die Frau des Erzvaters Jakob, die Mutter von Benjamin und Joseph.

Hier beten jüdische Mütter für eine glückliche Geburt - friedlich und still, paradoxerweise aber hinter den neuen Mauern aus Stahlbeton – eine Gedenkstätte, die Israel nun zum Nationalen Kulturerbe erklären und damit – als Teil Bethlehems! -vereinnahmen will.

Die palästinensischen Mütter aus der kargen und steinigen Umgebung haben ein ganz anderes Ziel: sie pilgern zum Caritas Baby Hospital, das der Schweizer Pater Ernst Schnydrig 1952 auf einem Hügel am Rande von Bethlehem gegründet hat.

Hier suchen und finden bis heute die oftmals selbst kranken und verzweifelten Frauen mit ihren Kleinkindern medizinische und psychologische Hilfe.

„Lasset die Kindlein zu mir kommen“... - dieses Wort hatte sich die Kinderfachärztin Dr. Mechthild Ehling aus Münster schon vor über 25 Jahren zu Eigen gemacht. Sie leitete bis zu ihrer Pensionierung jahrelang mit großem persönlichem Einsatz dieses finanziell chronisch-krankes Baby-Hospital mit seinen knapp 100 Betten. Es ist das einzige Kinderkrankenhaus in den palästinensischen Gebieten mit mehr als 500.000 Kindern unter vier Jahren.

Nun soll das Hospital in diesem Jahr um eine neue ambulante Klinik und eine erweiterte Mütterschule vergrößert werden – für die medizinische Versorgung von jährlich bis zu 50.000 Kindern.

Dort führt bis heute das Team einen verzweifelten Kampf gegen den Teufelskreis aus Armut, Unterernährung, mangelnder Hygiene, fehlender Familienplanung und Inzucht, die aus der Isolierung eines ganzen Volkes gefördert wird. Und es sind die unzureichenden Unterkünfte, die im Sommer viel zu warm und im Winter viel zu kalt sind.

Gute Nachbarschaft ist Voraussetzung für den alltäglichen Frieden. Es ist ein Irrglaube, gute Zäune machten gute Nachbarn. Im Gegenteil! Inzwischen hat Israel eine bis zu zehn Meter hohe Betonmauer gebaut, auch um Bethlehem herum und teilweise sogar durch Teile der Stadt, auch in Sichtweite des Kinderkrankenhauses.

Es ist eine Mauer, die insgesamt fast 600 Kilometer lang ist und Millionen Dollar kostet. Von Dschenin im Norden über Jerusalem in der Mitte bis Hebron im Süden des seit 1967 von Israel besetzten und inzwischen sogar auf weiten Flächen besiedelten palästinensischen Westjordanlandes.

In Bethlehem reicht diese Mauer 10 Kilometer tief in die Westbank und isoliert so 21.000 Einwohner des Bezirkes. Rund um Jerusalem sind es allein 181 km, mit unabsehbaren Konsequenzen für 27 palästinensische Gemeinden.

Und auch Gaza ist komplett von einer solchen Mauer umschlossen. Am Grenzübergang nach Ägypten, Rafah, gibt es in der Stadt allein 36 Checkpoints, und nun noch eine Grenze, die von den Ägyptern gebaut wird: 13 km lang, 18 Meter tief – unterirdisch. Sie soll den Tunnelbau und den damit verbundenen Schmuggel von Waffen und Waren verhindern.

Wozu, so fragt man sich, diese Mauer? Um sich vor den Palästinensern und dem Terror zu schützen, argumentiert die israelische Regierung. Aber ich frage mich bei allem Verständnis für die Sicherheit Israels: hat denn niemand aus der Geschichte gelernt? Frieden erreicht man doch wohl eher durch Gemeinsamkeiten als durch Trennung!

Ich glaube: Nur wer die Ursachen der Konflikte beseitigt, kann die Konsequenzen beherrschen. Das lehrt uns der Terror weltweit:

Hunger und Unterdrückung, kein Obdach und keine Bildung, keine Rechte und keine Ressourcen führen in Perspektivlosigkeit, Wut und Verzweiflung, die sich immer wieder in Hass und Gewalt entladen. Niemand darf – und sei es aus Selbstgerechtigkeit - Ursache und Wirkung verwechseln.

Sie alle kennen das lateinische Zitat „Pax optima rerum – der **„ Friede ist das höchste Gut...“**

Warum tut man sich manchmal so schwer, Frieden zu schaffen, der tatsächlich das höchste Gut für die Menschen auf Erden ist. Wir haben hier in Deutschland eine ganz besondere Erfahrung mit Krieg und Frieden. Wir haben gleichermaßen bittere Erfahrung gesammelt mit Leid und Tod, Verwüstung und Vertreibung, religiöser Verblendung und Intoleranz.

Damit gemeint sind nicht nur der schreckliche Erste wie der Zweite Weltkrieg – nein, das beginnt schon mit dem 30jährigen Krieg, aber auch mit dem Frieden von 1648, ausgehandelt von 148 Delegierten und geschlossen in Münster und Osnabrück.

An den Erfahrungen des Krieges, aber vor allem an den Prämissen des Westfälischen Friedens, orientiert sich DINO, unsere Initiative. Und wir fragen: Was können wir daraus lernen?

„Pax optima rerum“ – der Friede ist das höchste Gut“- steht auf der Herdplatte am Kamin im Friedenssaal des Rathauses zu Münster. Dazu am Kronleuchter: **„Befleißigt Euch der Gerechtigkeit, die ihr auf Erden richtet... !“** Und auf der Gerichtschranke ist zu lesen: **„Man höre beide Parteien“**.

Diese drei schlichten Sätze, die der Schlüssel zum Frieden von 1648 waren, könnten noch heute als Gebrauchsanweisung (für die Vereinten Nationen wie für andere Gremien und Regierungen!) dienen – als ein leuchtendes Beispiel, das wegweisenden Charakter hat.

Könnte all das nicht auch für die Situation im un-Heiligen Land, in Israel, Palästina und für die gesamte Region, ja eigentlich für alle Kriege von heute gelten? Könnte das Beispiel der europäischen Integration nicht auch auf andere Regionen übertragen werden?!

Der vorletzte Träger des Westfälischen Friedenspreises, der frühere französische Staatspräsident Valérie Giscard D'Estaing, sagte bei der Verleihung im Rathaus zu Münster: „Der ungerechteste Friede ist immer noch besser als der gerechteste Krieg“.

Und er fügte hinzu: „Damals, nach dem Zweiten Weltkrieg, hat Europa den Kampf gegen die eigene Geschichte gewonnen und seit mehr als einem halben Jahrhundert den Frieden gesichert.“

Der syrische Großmufti Dr. Ahmad Badr Eddin Hassoun, nutzte bei seinem Besuch in Münster die Gelegenheit für ein Plädoyer für den Frieden und zollte den Deutschen ein großes Lob: "Dass von Deutschland nach zwei Weltkriegen und den schrecklichen Zerstörungen Frieden ausgeht, hat die ganze Welt erstaunt".

Eben dieser Großmufti nannte den Fall der Mauer in Berlin als Vorbild für eine Versöhnung zwischen Juden und Arabern im Nahen Osten und verurteilte jede – vor allem jede religiös motivierte – Gewalt:

„Eine Moschee oder eine Kirche, die abgerissen wird, kann man wieder aufbauen. Aber ein Kind, das umgebracht wurde, kann man nicht mehr zum Leben erwecken.“

Gestatten Sie mir eine biblische Rückblende:

„Und sie gebar ihren ersten Sohn, wickelte ihn in Windeln und legte ihn in eine Krippe; denn sie hatten sonst keinen Raum in der Herberge.“

Heute, da wir auch hierzulande über „Krippenplätze“ diskutieren, ist dort die Situation für die Menschen noch schlechter – kein Raum für ein Volk und seine Kinder, die, zusammengepfercht, vielfach selbst ohne Stall und Krippe, in elenden Lagern aufwachsen müssen.

Ein normales Leben in den Autonomiegebieten ist weitgehend unmöglich: Zurzeit leben bereits 70 Prozent der Palästinenser unter der Armutsgrenze – vor allem im abgeriegelten Gaza der Hamas, vielfach aber auch im Westjordanland. Der Schulunterricht fällt häufig aus, die medizinische Versorgung ist katastrophal.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch und die damit einhergehende die hohe Arbeitslosigkeit bis zu 75 % zeigen eine langfristige weit verbreitete Perspektivlosigkeit.

Das ganze trifft vor allem die junge Generation, die in der gesamten arabischen Welt in einer klaren Mehrheit ist.

Die Hauptschuld an dieser Situation in Gaza trägt freilich die islamisch-radikale Hamas, die in einem Putsch die Gewalt in dem Elendsstreifen an sich gerissen und bis zu einem fragilen Waffenstillstand mit Israel die Grenzregionen zu den Nachbarn immer wieder mit selbstgebauten Kurzstreckenraketen beschossen hat.

Es sind nicht allein die mörderischen und zerstörerischen Einschläge der handgemachten Geschosse – es ist vielmehr der politische Kollateralschaden, der alle Beteiligten in eine schier ausweglose Situation gebracht hat.

Mit der faktischen Spaltung des palästinensischen Volkes geht auch eine politische Trennung zwischen der Hamas in Gaza und der Autonomiebehörde im Westjordanland einher. In Ramallah, will (und muss!) der Fatah-Präsident Mahmoud Abbas schließlich mit einer Stimme für sein palästinensisches Volk und den angestrebten selbständigen Staat mit Israel auf Augenhöhe verhandeln.

Erschwert wird das im gesamten Palästina durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Abriegelung bzw. durch die Sperren und Checkpoints : fast 700 nach jüngsten Zählungen, über 80 Prozent nicht an der Grenze zu Israel, sondern willkürlich über das ganze besetzte Gebiet verteilt, bemannt und unbemannt, fest installiert oder mobil.

Allein in der Region Hebron, die nun zum Weltkulturerbe der UNESCO ausgerufen werden soll, gibt es 69 solcher Checkpoints – und das in einer nominell autonomen palästinensischen Stadt!

John Ging, Direktor des UNO-Hilfswerkes im Gaza-Streifen fordert immer wieder, Israel müsse unverzüglich die Grenzübergänge zum Gaza-Streifen öffnen, um das Leiden der palästinensischen Bevölkerung zu beenden.

Um die Häuser, Schulen und Gebäude wieder instand zu setzen, werden dringend Baumaterialien wie Zement und Glas benötigt. Doch gerade diese Baustoffe lasse Israel nicht in den Gaza-Streifen, unterstrich Ging.

In der Erklärung kündigte er auch die Schaffung von 3.100 und für sechs Monate befristete Arbeitsplätze an. Die neuen Arbeitsmöglichkeiten seien durch eine Kooperation mit Fabriken, Unternehmen und Bäckereien entstanden.

„Diese wenigen Firmen konnten wir bisher aufbauen“, sagte Ging. „Wenn Israel jedoch die Übergänge öffnen würde, dann könnten 120.000 auf Dauer angelegte Arbeitsplätze geschaffen werden.“

Ein Unternehmer aus dem Westjordanland hat ausgerechnet, dass es vier mal so teuer ist, einen Container von Ramallah ins gut 100 Kilometer entfernte Gaza zu transportieren wie denselben Container nach China oder Australien zu verschiffen.

Also: **Friede den Menschen auf Erden?** Wo denn? In den trostlosen, staubigen Lagern rund um Bethlehem, in Hebron, Nablus und Ramallah? Sie sind alltägliche Zeugnisse der ungelösten Flüchtlingsproblematik, Synonym für den Unfrieden. Wir finden sie ebenso in Gaza und Amman, im Norden und im Süden des Libanon wie in Beirut, aber auch – mit anderen Vorzeichen - in Bangladesch und in Afrika, in Tschetschenien, Afghanistan und Pakistan.

Ich habe die meisten Flüchtlingslager im Nahen Osten gesehen und ich weiß deshalb, wovon ich rede. Und ich sage Ihnen: diese Lager sind überall auf der Welt so schrecklich gleich: sie sind vielfach ohne Wasser und Kanalisation, ohne Müllabfuhr und ohne elektrisches Licht, voller Kinder und ohne Ärzte, ohne Schulen und ohne Lehrer, ohne Arbeit und ohne Arbeitsplätze.

Diese Lager weltweit sind der Nährboden für den Hass, der aus der Verzweiflung geboren wird, wo der Glaube schwindet, weil Gebete zu Jesus und Allah aus Sicht der Betenden und Bittenden scheinbar ungehört verhallen.

Diese Menschen aus der schutzlosen Zivilbevölkerung sind immer die ersten Betroffenen militärischer Auseinandersetzungen: die Palästinenser in Gaza ebenso wie die Israelis, die in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa leben. Erinnern Sie sich: auch die Bewohner des libanesisch-israelischen Grenzgebietes waren in den letzten Jahren immer wieder ersten Opfer sinnloser Anschläge und nutzloser Kriege – wie in weiten Teilen des Libanon.

Und die Auseinandersetzungen haben für die Christen im Nahen Osten noch eine besondere Konsequenz: sie resignieren vielfach und verlassen ihre Heimat, suchen einen Neuanfang in den USA, in Europa und anderswo.

Papst Benedikt XVI. hat immer wieder die prekäre Situation der christlichen Minderheiten im Nahen Osten beklagt und die Gläubigen zum Bleiben aufgerufen.

Auch der Erzbischof von Jerusalem, Michel Sabbah, hat einmal in einem Brief gemahnt: „Die christliche Berufung im Land Jesu zu leben, verlangt von uns, in diesem Land auszuharren, auch wenn das Leben in anderen Ländern bequemer sein könnte.“

Das bedeute aber nicht, so der Lateinische Patriarch,

„... klein beizugeben, sondern stattdessen mit mehr Kraft und größerer Einigkeit zu einem wirklichen Widerstand zu gelangen, der nicht das Ziel hat, den Gegner zu zerstören oder unsere Herzen mit Rachsucht gegen ihn zu erfüllen, sondern dem Übel der Besatzung mit all ihren Bedrängungen ein Ende zu setzen“.

Die schwindende Zahl der Christen in Israel und in den palästinensischen Gebieten wird mit großer Sorge wahrgenommen: seit 1967 sank ihre Zahl von 15 % der Bevölkerung auf heute 1,5 %. Der Patriarch von Jerusalem, Fuad Twal, erklärte Ende Januar zur Lage: „Wir sind müde zu warten, wir sind der Reden und der Versprechen müde.“ Und fügte hinzu: „Wir haben nur noch 160.000 bis 170.000 Christen unter 11,5 Mio Juden und Muslimen“.

Die Arbeitsbedingungen für Nichtregierungsorganisationen werden auch für die kirchlichen Mitarbeiter unter der Regierung Netanjahu immer schwieriger. Deshalb forderte der Patriarch ein Europa, das eine politische Rolle spielt, und Deutschland als einen Anwalt, als Fürsprecher – wobei er erkennbar auf Defizite bei beiden Partnern anspielte.

Vor dem Hintergrund, dass Pfarrer in und aus Jordanien, Syrien und dem Libanon als Brückenbauer zu den moderaten Kräften benötigt werden, passt das Zitat des jordanischen Königs Abdullah, der mahnte: "Christen sind ein Bindeglied der arabischen Gesellschaft".

Unser DINO-Mitglied, Patriarch Gregorios III., schrieb einmal: „Wenn der Trend der Auswanderung anhält, bleibt vielleicht einmal nur noch ein christliches Disneyland übrig, das dann besichtigt werden kann“.

Es gibt in diesen Kriegen keine Sieger, immer nur Verlierer – und das sind die Menschen! Er weiß, wovon er redet: seine libanesische Diözese wurde im letzten Libanon-Krieg zum Katastrophengebiet. An den fünf Kirchen entstand ein Schaden von 800.000 Dollar, 180 Häuser wurden zerstört, dazu 40 Industriegebiete und 85 Brücken. Seine bittere Bilanz damals: „Dieser Krieg ist eine Schande für die Welt“ – was schließlich für jeden Krieg gilt...

„Demgegenüber“, so der Patriarch weiter, „ist der Friede die größte Aufforderung, das größte Muss, das höchste Gut und die wahre Garantie für eine Zukunft in Freiheit, Würde, Sicherheit und mit Fortschritt für die **Jugend** bei den Moslems, den Christen, den Juden, die die Zukunft der arabischen Länder bauen“.

Die Lager, in denen die Menschen auf eine Wende warten, spiegeln in ihrer Perspektivlosigkeit eben auch das ganze Elend ihrer Bewohner und damit das Dilemma des Friedensprozesses im Nahen Osten wieder. In diesen Lagern wächst eine Generation ohne Zukunft heran, wenn sich die Situation nicht rasch ändert.

Daraus ergeben sich für mich ein paar auch zugespitzte, ja provokante Fragen:

Wie erklärt man im Jahre 2010 eigentlich einem kleinen Jungen in Afghanistan oder in Jordanien, einem palästinensischen Mädchen in Gaza oder auf der Westbank, warum sie in Dreck und Armut, eingesperrt in der Enge eines Lagers, leben müssen, ohne Wasser und Strom, ohne Lebensmittel, vielleicht sogar ohne Geschwister, ohne Vater und Mutter, allein, abgeschnitten von den Verwandten?

Was antwortet man auf palästinensische Fragen, warum z.B. die jüdischen Siedler in ihren modernen Wohneinheiten mitten im Westjordanland oder in den Ausläufern von Jerusalem, jedenfalls auf palästinensischem Boden, unter den arabischen Einheimischen leben können, versorgt von Lastwagen auf neuen Straßen mit allen wichtigen Gütern und unbeschränktem Zugriff auf die Wasserreserven?

Wo sich selbst der Sondergesandte der EU, Tony Blair, fassungslos zeigt, wenn er hört, dass Palästinenser Grundwasserbrunnen nur ein Drittel so tief graben dürfen wie die Israelis, wo natürliche Ressourcen doch eigentlich allen gehören und nicht einseitig ausgebeutet werden dürfen. Die Palästinenser im Westjordanland können nur 60 Liter Frischwasser verbrauchen, Israelis und jüdische Siedler dagegen bis zu 300 Liter. **Was ist das für eine Art von Gerechtigkeit?**

Noch einmal Gaza: dort ist höchstens ein Zehntel des Wassers aus den Brunnen sauber genug um es trinken zu können. Die Folge: Jedes Jahr sinkt wegen der verstärkten direkten Entnahme aus dem Grundwasser der Spiegel um vier Meter.

Je mehr Süßwasser entnommen wird, desto stärker ist der Zustrom von Salzwasser aus dem Meer. Aus eben jenem Meer, in das täglich 50 bis 80 Mio. Liter Abwasser strömen – wovon der Großteil keine Kläranlage gesehen hat. Die Folge: eine Serie von Krankheiten bei den Menschen, die im Sommer dort baden gingen.

Wie erklärt man das? Mit der Geschichte, mit der Politik, mit den Umständen, mit einer Situation, die näher am Krieg ist als am Frieden?

Wer kann einer Frau aus Gaza, die zur Beerdigung einer Verwandten von Gaza nach Ramallah fahren will, erklären, warum sie einen Umweg über Ägypten und Jordanien machen muss – eine Fahrt von 14 Stunden anstatt von 90 Minuten?

Wer hat eine Antwort auf die Frage der Kinder von Hebron, warum sie für einen Schulbesuch demonstrieren müssen? Mit Schildern „Wir wollen zur Schule gehen“ und "Wir haben das Recht, zu lernen!" versammeln sie sich immer wieder an einem Kontrollpunkt der israelischen Soldaten, die dort, am Rande der Stadt, regelmäßig die Schüler und ihre Taschen durchsuchen, sie warten lassen. Die Jungen und Mädchen fragen „Warum?“ und erhalten als Antwort auf ihre Proteste Tränengas der Soldaten.

Wie erklärt man das? Übrigens in jenem biblisch so bedeutsamen Ort mit Abrahams Grab, das nun die Israelis plötzlich für sich und ihr alleiniges kulturelles Erbe entdeckt und vereinnahmt haben.

Das gleiche jüdische – oder doch israelische?- Anspruchs-Denken zeigt sich auch am Rande der Jerusalemer Stadtmauer. Dort leben in dem arabischen Viertel Silwan rund 55.000 Palästinenser und einige hundert jüdische Siedler.

Letztere haben nun die „Stadt Davids“ zusammen mit israelischen Archäologen plötzlich für sich entdeckt und sind dabei, ohne Rücksicht auf die ursprünglichen Bewohner, die Funde zu erschließen und als archäologischen Park zu nutzen.

Selbst der UNO-Sondergesandte Robert Serry zeigte sich noch im Februar „besorgt über die Gewalt und die Belästigungen, die besonders von Siedlern ausgehen“.

Aber natürlich sind die israelischen Soldaten gegenüber ihren Siedler nachsichtiger als im Umgang mit den Palästinensern, die in der autonomen Stadt zwar zu Hause, aber nicht wirklich frei sind...

Zurück zu weiteren unbeantworteten Fragen: Wer erklärt den Jugendlichen in Tel Aviv und in Haifa, warum der Besuch einer Disco tödlich sein kann, weil palästinensische Selbstmordattentäter sinnlose Anschläge gegen Unschuldige verüben?

Wer kann der Hochzeitsgesellschaft in Amman erklären, warum Freunde und Verwandte am schönsten Tag ihres Lebens bei einem terroristischen Bombenanschlag sterben müssen?

Wer erklärt den Eltern des seit August 2006 gefangen gehaltenen israelischen Soldaten Gilad Schalit, warum er noch immer als Geisel für eine politische Freilassung von palästinensischen Häftlingen aus israelischer Gefängnissen erhalten muss?

Wie sollen die Eltern das verstehen? Und: wie ertragen sie das während einer so langen Zeit der Ungewissheit, der Sorge, der Verzweiflung?

Wer erklärt den Kindern in Nablus oder ihren traumatisierten Eltern, warum sie zufällige Opfer einer israelischen Razzia oder bei Protesten gegen die Besatzung getötet werden können?

Wie erklärt man den israelischen Bewohnern der Städte am Rande des Gazastreifens, warum noch immer aus heiterem Himmel immer wieder Raketen auf ihre Marktplätze, Wohnhäuser, Schulen und Kindergärten fallen, von denen Menschen verletzt oder getötet und Sachschäden angerichtet werden?

Ich war dort in den Schulen und Städten und habe keine Antwort gefunden auf die Frage nach dem Warum? Obwohl Israel doch den lange besetzten Elendsstreifen am Meer längst geräumt und den freilich zerstrittenen, rivalisierenden Palästinensern zurückgegeben hat?

Wer erklärt den 50 palästinensischen Bauern und ihren Familien, warum in einem einzigen Vergeltungsschlag für die Raketen der Extremisten die israelische Armee in Beit Hanoun 25.000 Oliven- und Obstbäume, vier Brunnen, wertvolles Ackerland sowie die zu den Höfen führenden Straßen zerstört und damit ihre Lebensgrundlagen vernichtet wurden?

Hier wie anderswo ist unsere Verantwortung, genauer: die europäische, wichtiger denn je – aber fast alle Projekte der Europäer und anderer Geberländer liegen derzeit auf Eis oder wurden im Laufe des Konflikts der vergangenen sieben Jahre zerstört.

Wer soll das verstehen, wenn man das alles nur mit Krieg oder Intifada begründen kann, dem militanten Kampf für einen eigenen Staat auf der einen und für mehr Sicherheit auf der anderen Seite? Jeder muss wissen, dass man dabei ist, die Zukunft – wenn überhaupt – nur auf Ruinen zu bauen!

Richtig und wichtig ist die andauernde internationale finanzielle Hilfe für die betroffene Region:

Fünf Mrd. EURO aus 70 Staaten der Geberkonferenz in Paris für den Aufbau eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates, etwas weniger von der Sicherheitskonferenz aus dem Sommer 2008 in Berlin für den Aufbau eines Polizei- und Justizsystem desselben Staates. Nur: Geld ersetzt nicht Politik, besänftigt aber offenbar gelegentlich das schlechte Gewissen...!

Gefordert sind politische Initiativen bis hin zu einer möglichen internationalen Friedenstruppe mit „robustem Mandat“ – wie sie inzwischen nicht nur vom DINO-Mitglied Avi Primor gefordert und selbst von anderen Israelis nicht mehr für unmöglich gehalten wird.

Andererseits muss klar sein: Palästina muss die Sicherheitsgarantien für Israel einhalten und Israel den Bau der Siedlungen im Westjordanland stoppen und die Abriegelungen aufheben. Und parallel müssen die sechs sogenannten Endstatus-Fragen wie Jerusalem, Flüchtlinge, Grenzen, Siedlungen, Sicherheit und Wasser wie in Annapolis schon vor zwei Jahren vereinbart jetzt endgültig gelöst und nicht noch einmal vertagt werden. Und am Ende muss inner-palästinensisch wie international der Umgang mit der Hamas in Gaza geklärt werden.

Lassen Sie mich aber auch das sagen: Eines ist klar - was unser Verhältnis zu Israel angeht, darf es keine Einschränkung oder Relativierung unserer Verpflichtungen geben, die aus der unseligen Vergangenheit, der deutschen Geschichte, herrühren.

Aber – um es mit dem früheren EKD-Ratsvorsitzenden, unserem DINO-Mitglied Manfred Kock, zu formulieren:

„Kritische Fragen und Widerspruch gegenüber der Politik der demokratisch gewählten israelischen Regierung müssen selbstverständlich geäußert werden können.

Kritik an sich ist nicht schon antisemitisch, schon gar nicht, wenn sie sich gegen den Staat Israel richtet und nicht gegen das Judentum. Doch Kritik muss sachgerecht sein.

Sie muss berücksichtigen, dass das Recht Israels auf einen eigenen Staat immer wieder bestritten wird. Dagegen und gegen sinnlose Attentate darf sich der Staat zur Wehr setzen.

Man kann die Formen, in denen das geschieht, kritisieren, aber nicht den Grundsatz“, sagt Manfred Kock.

Der Päpstliche Nuntius hat mir bei einem Besuch in Damaskus auf meine Frage „Wo beginnt der Terrorismus?“ geantwortet: „Dort, wo die Gerechtigkeit bei Null angelangt ist“.

Deshalb sind wir alle, mehr denn je aufgerufen, Wege zu einem gerechten Frieden zu suchen.

"Das Wohlergehen des einen Volkes hängt vom Wohlergehen des anderen Volkes ab" - so der ev.-luth. Pfarrer Shehadeh aus Beit Jala. „Diese Überzeugung wurzelt in der Vision, dass es nur eine gemeinsame Zukunft beider Völker im Heiligen Land geben kann und dass der Tag kommen wird, an dem das Existenzrecht gegenseitig garantiert und respektiert wird.“

Dazu passt eigentlich ein Zitat von Rabbi Hillel vor 200 Jahren zum „Wesen des Judentums: „Was Dir verhasst ist, tu Deinem Nächsten nicht an!“

Ich sage einmal mehr mit aller Deutlichkeit: Es gibt keine Alternative zum Frieden! Das genau ist die **Botschaft**, die viele **Botschafter** braucht.

Ich gehöre aber auch zu denen, die an die Kraft der vielen biblischen Wunder glauben, die sich schon in dieser Region ereignet haben. Warum sollte sich heute nicht doch noch dass eine oder andere alltägliche Wunder ereignen?

Eine neue Schule, ein neuer Kindergarten, ein Arzt oder ein Pfarrer, die allen widrigen Umständen zum Trotz den Menschen Mut machen, ein multi-kulturelles oder multi-religiöses Projekt, das Grenzen überwindet und das Menschen zusammenführt? Karitative Organisationen, Hilfswerke, Initiativen der Zivilgesellschaft wie DINO und andere sind mehr denn je gefordert...

Solche Menschen brauchen wir hier wie dort. Menschen, die sich ganz konkret und praktisch für eine Veränderung der Lebensumstände einsetzen – fern von Religion und Politik, von Parteien und Militärs. Am Ende soll das stehen, was als Wahlspruch ausgegeben wird: „Gemeinsam leben und lernen!“

Vielleicht muss das in umgekehrter Reihenfolge praktiziert werden: Wir müssen voneinander lernen, um uns untereinander zu verstehen, wir müssen miteinander sprechen statt übereinander zu reden, wir müssen die jeweils andere Seite respektieren und wir müssen verständlich machen was manchmal Unverständnis auslöst. Erst dann können wir auch – und zwar in Frieden! – miteinander leben.

Schul- und Städte-Partnerschaften sind ein Weg dorthin: Köln ist bis heute übrigens die einzige Stadt in Deutschland, die eine Partnerschaft mit einer palästinensischen Stadt abgeschlossen hat mit Bethlehem – niemand sonst. Warum, dass kann mir keiner erklären. Vielleicht brauchen wir mal die berühmten Posaunen von Jericho, damit die Verantwortlichen in den Städten aufwachen. Sie würden dann vielleicht auch eine Partnerschaft mit Jericho eingehen - oder mit Hebron, mit Dschenin oder mit Nablus....

Dabei kommt es gar nicht darauf an, dort mit viel Geld in der Hand aufzukreuzen, sondern es geht darum, ein Zeichen des Verständnisses und der Verständigung zu setzen, so, wie es viele deutsche Städte auch in anderen Ländern tun. Warum also nicht auch in Palästina?

Auf diesem schwierigen Weg sind alle Beteiligten auf Hilfe von außen angewiesen. Hilfe, die auch und besonders von jungen Menschen kommen kann und muss – so, wie es die Kölner Grundschule Irisweg mit der Dar-al-Kalima-Schule in Bethlehem praktiziert.

Vor nunmehr zehn Jahren wurde mit dieser ersten offiziellen Schulpartnerschaft unter besonders schwierigen politischen Bedingungen ein weithin sichtbares Zeichen gesetzt! Deshalb sage ich:

Reden ist gut, handeln ist besser, Reden und handeln ist das allerbeste Rezept. Und mit Blick auf die Schulen füge ich hinzu: Kinder sind die besten Botschafter der Welt!

Solche Menschen brauchen wir hier wie dort. Menschen, die sich ganz konkret und praktisch für eine Veränderung der Lebensumstände einsetzen – fern von Religion und Politik, von Parteien und Militärs. Am Ende soll das stehen, was auch als Wahlspruch ausgegeben werden sollte: „Gemeinsam leben und lernen!“

Nicht zuletzt weil ich glaube: Nur wer den Menschen **Hilfe** bringt, der bringt den Menschen auch **Frieden**.

Jeder von uns ist aufgerufen an dieser großen Aufgabe mitzuarbeiten...

... für seine Gemeinde, für sein Land, für das Heilige Land,

... und für den Rest dieser unfriedlichen Welt,

- auf das wieder Friede einkehre bei a l l e n Menschen auf Erden!

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit!